

DISCUSSION PAPER

Dezember 2021

Robert Schütte

Zeitwohlstand für alle! Warum Burnout & Überlastung in den Fokus progressiver Politik rücken müssen

Die Ampelkoalition beginnt ihre Amtszeit inmitten der größten Gesundheitskrise der Nachkriegszeit. Die Corona-Pandemie hat eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Erfolgsgeschichte in Deutschland jäh beendet: In der Dekade von 2009 bis 2019 sank die Arbeitslosigkeit von 3,6 auf 2,3 Millionen, das BIP wuchs um eine Billion Euro und die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erreichte einen Höchststand. Gleichzeitig wurde der Sozialstaat, insbesondere auf Initiative der SPD, von der Kita über den Mindestlohn bis zur Rente ausgebaut und die öffentlichen Haushalte saniert.

Natürlich möchte die neue Bundesregierung nach zwei Jahren Pandemie nun möglichst schnell zurück auf diesen Erfolgspfad. Die soziale Marktwirtschaft soll zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft umgebaut werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bleiben zentrale Politikziele, müssen aber künftig mit dem 1,5-Grad-Klimaziel kompatibel sein. Am sozial- und wirtschaftspolitischen Paradigma bundesdeutscher Politik ändert sich also grundsätzlich nichts, es wird aber künftig ökologisch ausbuchstabiert.

Die gute Nachricht ist: Deutschland setzt sich ambitionierte Ziele, um die Klimakrise zu bewältigen. Die schlechte Nachricht: Die ungebrochene Fixierung auf Wachstum und Arbeitsplätze wird nicht dazu führen, dass sich die subjektive Lebensqualität in Deutschland verbessert. Denn auch wenn die materielle Lage vieler Menschen heute besser ist als noch vor zehn Jahren, leben wir doch in einer immer mehr ausgebrannten Gesellschaft. Noch nie litten so viele Menschen unter Stress, Leistungsdruck und Zeitarmut wie heute. Die rapide steigenden Zahlen von Depressionen, Burnout und Stress zeigen, wie sehr die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität abgenommen hat. Es wird Zeit, dass Progressive diesen Tatsachen endlich ins Auge schauen.

**“
Noch nie litten so viele Menschen unter
Stress, Leistungsdruck und Zeitarmut
wie heute. Die rapide steigenden Zah-
len von Depressionen, Burnout und
Stress zeigen, wie sehr die subjektiv
wahrgenommene Lebensqualität abge-
nommen hat.
”**

Die ausgebrannte Gesellschaft

Psychische Erkrankungen haben sich zu einer Volkskrankheit epidemischen Ausmaßes entwickelt. 17,8 Millionen erwachsene Menschen sind jedes Jahr in Deutschland von einer psychischen Krankheit wie einer Depression oder Angststörung betroffen (Jacobi 2014). Das entspricht der Einwohnerzahl von Nordrhein-Westfalen.

Kinder und Jugendliche sind dabei nicht einmal mitgezählt. Die Diagnose "Depression" hat sich in dieser Gruppe von 2009 bis 2019 verdoppelt (KKH 2021). Mehr als ein Viertel leidet unter einer psychischen Erkrankung oder Verhaltensstörung (DAK 2016).

Für Erwachsene spielt der Druck auf der Arbeit eine große Rolle: Jede:r Zweite empfindet die eigene Arbeit als (sehr) stressig und sieht für sich ein Burnout-Risiko (BKK/Pronova 2018). Eine deutliche Mehrheit gibt dabei an, dass der Arbeitsstress in den vergangenen Jahren merklich zugenommen hat (TK 2016).

Interessant dabei ist: Früher machte Arbeit vor allem körperlich krank. Heute kommt zumeist die Psyche unter die Räder. Und während der physische Arbeitsschutz in Deutschland gut entwickelt wurde, ist der Schutz vor Stress löchrig wie ein Schweizer Käse.

Kein Wunder, dass sich seit 1997 die Zahl diagnostizierter psychischer Erkrankungen verdreifacht und sich die Zahl der dadurch verursachten Krankheitstage verdoppelt hat. Das ist eine dramatische Entwicklung. Inzwischen sind psychische Erkrankungen der dritthäufigste Krankheitsgrund überhaupt (DAK 2019). Dabei steigt der Anteil derjenigen, die es wegen Stress und Burnout gar nicht erst bis zum Rentenalter schaffen: Vier von zehn Frühverrentungen gehen inzwischen auf das Konto psychischer Erkrankungen; doppelt so viele wie noch 1990 (DGPPN 2018; Bundestag 2018).

Davon sind besonders Frauen betroffen. Denn wer neben dem Beruf auch noch den Großteil der Familienarbeit leistet, steht unter besonderem Druck. Hier zeigt sich, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen schneller gestiegen ist als eine faire Aufteilung von Care- und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern.

Wie sich die Corona-Pandemie auf die psychische Verfassung auswirkt, wird derzeit erforscht. Fachärzt:innen und Psychotherapeut:innen berichten aber schon jetzt von einer deutlichen Zunahme von Angst, Depressionen und Anpassungsstörungen (BKK / Pronova 2020), insbesondere auch bei Kindern (KKH 2021). Dass davon nicht nur Deutschland betroffen ist, zeigt eine Studie der OECD. Hiernach hat sich die mentale Gesundheit in allen untersuchten Mitgliedstaaten massiv verschlechtert. Mit Blick auf Depressions- und Angstsymptome liegen die Zahlen vielfach doppelt bis dreimal so hoch wie vor der Krise (OECD 2021). Die Welt steuert damit derzeit in die größte mentale Gesundheitskrise seit Generationen.

Lebenszufriedenheit ist mehr als materielle Verbesserungen

Stress, Angst und Burnout entwickeln sich zu Wesensmerkmalen unserer digital vernetzten Lebensweise. Die Gründe dafür mögen mannigfaltig sein: Von permanenter Erreichbarkeit über Social Media hin zu einer Verwettbewerblung aller Lebensbereiche. Aber entscheidend ist: Immer mehr Menschen leiden unter dieser Entwicklung – und erkranken daran.

Dass die Sensibilität für psychische Erkrankungen zugenommen hat, ist eine gute Nachricht. Dieses gestiegene Bewusstsein führt aber auch dazu, dass der nicht länger nur unterbewusst empfundene individuelle Leidensdruck akut und politisch wirkungsmächtig wird. Eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen depressiv, verängstigt und ausgebrannt sind, wird nicht länger als gute Gesellschaft empfunden.

Die Problemlage wurde bisher dadurch kaschiert, dass die meisten volkswirtschaftlichen Indikatoren der letzten Jahre in eine positive Richtung gezeigt haben. Dabei scheinen materielle Wohlstandsgewinne nicht mehr automatisch zu mehr Lebenszufriedenheit zu führen, sobald ein gewisses Niveau materieller Absicherung erreicht ist. Ob das Leben der Menschen besser wird, lässt sich nicht einfach am Wachstum des BIPs, der Jobzahlen oder des eigenen Kontostands ablesen. Solche Messgrößen sind kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung höherer Lebenszufriedenheit.

Ob das Leben der Menschen besser wird, lässt sich nicht einfach am Wachstum des BIPs, der Jobzahlen oder des eigenen Kontostands ablesen. Solche Messgrößen sind kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung höherer Lebenszufriedenheit.

Das progressive Spektrum leidet darunter, dass der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und sozialem Fortschritt brüchiger wird. Sozialer Fortschritt ist aber nicht nur mehr materieller Wohlstand, sondern ebenso Zeitwohlstand, stabile soziale Beziehungen und ein mental und körperlich gesundes Leben. Anstatt also BIP- und Arbeitsmarktzahlen zum zentralen Erfolgsmaßstab der eigenen Politik zu machen, sollten sich Progressive lieber fragen: Verbessern wir die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen? Genau das lässt sich an der Entwicklung der mentalen Gesundheit sehr gut ablesen. Und die ist negativ.

Drei Dinge, die Progressive jetzt tun können

Progressive sollten sich stärker auf Fragen der Lebensqualität und Gesundheit konzentrieren. Die Coronakrise hat hier zu einer neuen Ausgangslage (z.B. Homeoffice) geführt, auf die Progressive jetzt reagieren müssen. Bisher hat die politische Linke in dieser Frage wenig Substantielles anzubieten. Wenn sie das ändern will, bieten sich hierfür eine Reihe von Hebeln an:

1. VON VORBILDERN LERNEN

Es gibt eine ganze Reihe internationaler Vorbilder, von wie Lebensqualität und mentale Gesundheit stärker in den Fokus genommen werden können. Die neuseeländische Regierung hat z.B. 2019 das Wohlbefinden der eigenen Bevölkerung zum ausdrücklichen Ziel der Haushaltspolitik gemacht. Das sogenannte „Well-Being Budget“ ersetzt die bisherige Haushaltspolitik und macht die

Verbesserung der allgemeinen mentalen Gesundheit zu einem Schwerpunkt.

Beispiel Großbritannien: Über den Umgang mit Einsamkeit

Großbritannien legt ebenfalls seit 2018 einen größeren institutionellen Fokus auf psychosoziale Probleme, insbesondere Einsamkeit und soziale Isolation. Davon sind im Vereinigten Königreich geschätzte 9 Millionen Menschen betroffen. Anstoß dieser Initiative waren unter anderem Erkenntnisse, dass die gesundheitlichen Folgen von Einsamkeit vergleichbar sind mit denen des Rauchens oder von Übergewicht (House of Commons 2021). Dass solche Risiken durch Corona-Lockdowns noch einmal deutlich gestiegen sind, verleiht einer stärker auf mentale Gesundheit ausgerichteten Politik noch größere Dringlichkeit.

Spanischer Modellversuch: Die 4-Tage-Woche

Die Corona-Pandemie ist für die spanische Regierung Anlass zur Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik. Sie erprobt in einem Modellversuch, wie sich eine 4-Tage-Woche auf die Gesundheit und Produktivität der Beschäftigten auswirkt. Spanien ist eines der Länder mit den längsten Arbeitstagen überhaupt in der EU. Die Erwartungen sind nicht zu Unrecht hoch. So hat zum Beispiel Microsoft Japan im Jahr 2019 die 4-Tage-Woche getestet und dabei festgestellt: Die Produktivität der Beschäftigten stieg um satte 40 Prozent gegenüber der 5-Tage-Woche, trotz insgesamt geringerer Arbeitszeiten.

Beispiele wie diese belegen, dass geringere Arbeitszeiten zu höherer Produktivität führen können. Während der Coronakrise haben viele Beschäftigte im Homeoffice ähnliche Erfahrungen gemacht. Denn wer sich nervenaufreibende Pendelei und unnötige Leerlaufzeiten im Büro spart, hat eben meist auch mehr Kraft und Motivation für die Arbeit selbst. Eigentlich decken sich hier die Interessen vieler Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen. Dass trotzdem viele Vorgesetzte zur vollen Büropräsenz zurück wollen, dürfte mehr mit Kontrollbedürfnissen und kulturellen Faktoren zu tun haben als mit Produktivitätserwägungen. Deswegen sollten sich Progressive für mehr Flexibilität im Arbeitsleben sowie mehr Zeit, Lebenszufriedenheit und dabei höhere Produktivität einsetzen.

2. ZEITWOHLSTAND AUF DIE POLITISCHE AGENDA SETZEN

In einer immer schnelllebigeren Gesellschaft ist die Verteilung von Zeit eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Gleichzeitig ist Zeit in unserer Gesellschaft sehr ungerecht verteilt: Sozial, geografisch, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen. Die Pandemie hat dabei wie unter einem Brennglas aufgezeigt, wie groß der Unterschied z.B. zwischen Homeoffice und Service-Sektor und zwischen Eltern und Kinderlosen ist. Zeitungerechtigkeit und Zeitwohlstand müssten eigentlich zentrale Themen des progressiven Spektrums sein – sind aber bislang ein blinder Fleck (vgl. Schütte 2019).

Die Menschen in Ostdeutschland arbeiten zum Beispiel mehr Stunden pro Woche als in Westdeutschland, aber haben gleichzeitig weniger Urlaub. Zeitarbeit betrifft besonders häufig Eltern und dabei überwiegend die Frauen, die noch immer mehr Familienarbeit übernehmen und im Job weniger verdienen. Zum „Gender Pay Gap“ kommt also auch ein „Gender Time Gap“ hinzu. Und wer weniger verdient, kann sich seltener Haushaltshilfen, Restaurantbesuche und Steuerberater leisten, die Geld kosten und Zeit sparen.

Zeitarbeit betrifft besonders häufig Eltern und dabei überwiegend die Frauen, die noch immer mehr Familienarbeit übernehmen und im Job weniger verdienen. Zum „Gender Pay Gap“ kommt also auch ein „Gender Time Gap“ hinzu.

Trotz Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt Zeit für viele Menschen Mangelware. Und Zeitarbeit ist ein wichtiger Grund dafür, warum die Qualität des Lebens in unserer Gesellschaft sinkt. Dabei ist der Wunsch nach mehr Zeit für die Familie, Gesundheit, Sport und soziale Beziehungen weit verbreitet und ein effektives Gegenmittel gegen Stress und Burnout. Progressive sollten diesen Wunsch mit einer Politik für mehr Zeitwohlstand aufnehmen. Unabhängig von

Geschlecht, Herkunft und Alter sollte jeder in der Lage sein, ein gesünderes Leben mit mehr Zeit und weniger Stress zu führen – nach Corona noch mehr als zuvor.

Neue Regeln am Arbeitsplatz wären dafür ein wichtiger Hebel:

- Der **gesetzliche Mindesturlaub** sollte von derzeit 20 auf 25 Tage angehoben werden – die letzte Erhöhung ist inzwischen mehr als 26 Jahre her. Dieser Schritt würde v.a. Beschäftigten ohne Tarifvertrag und ordentliche Urlaubsregelungen mehr Erholungszeit verschaffen.
- Zusätzlich sollte **Teilzeitarbeit** stärker gefördert und abgesichert werden. Laut einer Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz würde die Hälfte aller Beschäftigten ihre Arbeitszeit am liebsten verkürzen (BAuA 2018).
- Flankiert werden könnte dies mit einer von den Gewerkschaften schon lange geforderten **Anti-Stress-Verordnung**, die der Arbeitsverdichtung am Arbeitsplatz Grenzen setzt.
- **Pendelwege** zur Arbeit sollten nicht mehr ausschließlich zulasten der Beschäftigten gehen, sondern **häufig als Arbeitszeit** angerechnet werden. Der Arbeitgeber zahlt heute schon die für diese Fahrten geltende Unfallversicherung – und zwar nicht paritätisch, sondern vollständig – inklusive Umwegen von und zu Kitas und Schulen. Das würde Homeoffice-Lösungen auch für Arbeitgeber interessanter machen und Beschäftigte zeitlich entlasten.
- **Staatliche Investitionen** sollten darauf geprüft werden, wie sie die Zeitbudgets der Bürger entlasten könnten. Von einem besseren ÖPNV, wohnortnahe Schulen sowie einer schnellen und gut ausgestatteten Verwaltung profitieren alle, vom Aldi-Verkäufer bis zur Rechtsanwältin.

- Und wer zum Beispiel Familien entlasten will, der spart sich die nächste Kindergelderhöhung und investiert das Geld in Kinderbetreuung und Programme **zur zeitlichen Entlastung von Eltern**.

3. EIN NEUER DISKURS ÜBER ARBEIT UND WETTBEWERB

Es gibt im progressiven Spektrum eine bizarre Tendenz zur Verherrlichung von Arbeit. Das betrifft besonders die selbsternannte „Partei der Arbeit“ SPD, für die der Stolz auf und der Wert der Arbeit im Zentrum Ihrer Programmatik steht. Das Problem ist: Dieser Diskurs hat mit der Lebensrealität vieler Menschen nichts zu tun. Natürlich kann Arbeit über das bloße Geldverdienen hinaus gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und Identität stiften. Aber für die meisten Menschen ist die eigene Arbeit nicht Lebenszweck, sondern Lohnerwerb; und, abhängig vom Job: notwendiges Übel.

Dass Arbeit Ausdruck der eigenen Selbstverwirklichung oder gar Träume sei, ist bestenfalls eine romantische Vorstellung, oder in den Augen von Millionen prekär Beschäftigter: kapitalistische Propaganda. Denn selbst wer das Privileg einer erfüllenden Arbeit hat, würde diesen in den meisten Fällen wohl kaum unbezahlt machen oder auf Freizeit oder Urlaub verzichten. Für viele Menschen fängt das eigene Leben an, wenn die Arbeit endet und die (nicht umsonst so genannte) *Freizeit* beginnt. Das ist weder verwerflich noch ein Zeichen von Faulheit.

Die Glorifizierung von Arbeit erschwert eine kritische Auseinandersetzung über die Verheerungen, die unsere Wettbewerbsgesellschaft anrichtet. Progressive denken oft, dass sie Politik für „die Vielen“ machen. Tatsächlich orientieren sie sich oft gerade nicht an denjenigen, die schon definitorisch die Mehrheit sind: Die Mittelmäßigen und Durchschnittlichen, die weder besonders gut noch schlecht performen. Dass die Mehrheit der Gesellschaft schon rein definitorisch immer „nur“ Durchschnitt ist, macht dabei keinen Unterschied.

Das Mittelmaß wird gleichermaßen unter- und geringgeschätzt, obwohl es der Gesellschaft weit mehr entspricht als die Eliten und Abgehängten. In der alten

Bundesrepublik waren die Mäßigen das politische Leitmilieu der Progressiven und „guter Durchschnitt“ eine sozial-akzeptable Bewertung. Heute ist „Durchschnittlichkeit“ ein Makel und Vorbilder diejenigen, die „hart“ arbeiten und den Spagat von Vollzeitjob und Familie meistern. Wer „nur“ 35 Stunden arbeitet, keine Überstunden macht und 18 Tage im Jahr krank ist – ergo bundesweiter Durchschnitt – wird schnell als unmotivierter Minderleister abgetan.

Das ist ein Problem. Es entwertet all diejenigen, die „bloß“ von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr arbeiten. Harte Arbeit ist kein Wert an sich, sondern ein zu überwindender Missstand. Wenn während der Corona-Krise zum Beispiel Krankenschwestern und Altenpfleger beklatscht werden, die 60 Stunden die Woche schufteten und ihr eigenes Leben riskieren, dann sollten wir dabei nicht vergessen, dass der Gesundheits- und Pflegesektor seit Jahren unterfinanziert ist. Hier kompensiert der Einsatz Einzelner das Versagen von Politik und Wirtschaft.

Progressive müssen aufpassen, dass sie nicht gerade diejenigen zu Vorbildern erklären, die aufgrund von Personalmangel und „mehr Wettbewerb“ unzählige Überstunden schieben müssen. Vorbilder sind auch nicht diejenigen Mütter, die trotz mangelnder Vereinbarkeit den Spagat von Familie und Beruf meistern. Beides sind Symptome gesellschaftlicher Missstände, die Progressive nicht glorifizieren, sondern reformieren müssen. Wenn systematische Missstände nur durch den Einsatz Einzelner kompensiert werden können, dann ist das kein Grund für Applaus, sondern für Empörung.

Man muss der politischen Linken vorwerfen, dass sie das Narrativ einer individualisierten Wettbewerbsgesellschaft übernommen hat. Wer mit dem notwendigen sozio-ökonomischen und kulturellen Kapital ausgestattet ist und entsprechend performen kann, hat damit kein Problem. Wem das nicht vergönnt, hat es dagegen erheblich schwerer, wie wir Dank unzähliger Studien zur sozialen Mobilität in Deutschland wissen. Aus sozialer Benachteiligung werden so oft individualisierte Performance-Probleme, als ob Herkunft, Geschlecht und soziale Lage keinen Unterschied machen würden.

Man muss der politischen Linken vorwerfen, dass sie das Narrativ einer individualisierten Wettbewerbsgesellschaft übernommen hat. Wer mit dem notwendigen sozio-ökonomischen und kulturellen Kapital ausgestattet ist und entsprechend performen kann, hat damit kein Problem.

Diese Individualisierung wird bei psychosozialen Fragen besonders akut. Ein Beispiel: Wer an Burnout erkrankt, sollte wohin gehen: Zur Psychotherapie? Oder zur Gewerkschaft? Dass die meisten zu Antwort ein tendieren, zeigt, wie weit die Individualisierung sozialer Probleme fortgeschritten ist. Dabei ist die Diagnose „Burnout“ individuell, aber das Problem – z.B. zu großer Leistungsdruck oder eine zu knappe Personaldecke – ein Soziales. Hier hätte besonders die Sozialdemokratie verstehen müssen, dass sie einem konservativen Wettbewerbsnarrativ auf den Leim geht.

Wer an Burnout erkrankt, sollte wohin gehen: Zur Psychotherapie? Oder zur Gewerkschaft?

Progressive müssen deswegen die Art und Weise ändern, wie sie über Arbeit, Wettbewerb und Vorbilder sprechen. Gerade nach Corona steht dafür das Fenster sperrangelweit offen. Wer eine höhere Lebenszufriedenheit aller zum Ziel hat, sollte das Leben des gesellschaftlichen Durchschnitts nicht durch einen unaufhörlichen Leistungs- und Wettbewerbsdiskurs abwerten.

Lebensqualität als Priorität politischen Handelns

Früher war die Gesellschaftsanalyse eine Stärke progressiver Parteien. Zu dieser Tugend sollten sie zurückfinden. Hat sich unsere Gesellschaft schon vor der Coronakrise verändert, so hat die Pandemie in einer ganzen Reihe von Feldern neue Fakten geschaffen. Durch die Bedrohung durch das Virus haben die Themen Gesundheit und Lebensqualität einen enormen Schub erfahren; Lockdowns, Homeoffice und Kurzarbeit verändern unser Verhältnis zu Arbeit und Freizeit; die bereits zuvor grassierende Zeitungerechtigkeit unserer Gesellschaft ist jetzt deutlicher als je zuvor.

Progressive sollten diese Veränderungen aufnehmen und die Weichen dafür stellen, dass künftig weniger Menschen an Stress, Angst und Druck erkranken. Dass psychische Störungen zu einer Volkskrankheit avanciert sind, zeigt, wo etwas in unsere Gesellschaft falsch läuft – und wie man es besser machen kann. Die Fixierung auf volkswirtschaftliche Indikatoren verstellt den Blick auf das, was zählt: Dass linke Parteien gewählt werden, um das Leben der Vielen besser zu machen. Mit der Rückkehr zu einer in erster Linie wachstumsfixierten Politik ist das kaum möglich. Es braucht Alternativen. Der Amtsantritt der neuen Ampelkoalition sollte dafür der Startschuss sein.

Quellen

BAuA 2018: BAuA-Arbeitszeitbefragung: Arbeitszeitwünsche von Beschäftigten in Deutschland, S. 60, <https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/F2398-4.pdf>

BKK / Pronova 2018: Betriebliches Gesundheitsmanagement 2018, S. 28, https://www.pronovabkk.de/media/downloads/presse_studien/studie_bgm_2018/pronovaBKK_BGM_Studie2018.pdf

BKK / Pronova 2020: Psychische Gesundheit in der Krise: Ergebnisse einer Befragung unter Psychiatern und Psychotherapeuten, S. 19, https://www.pronovabkk.de/media/downloads/presse_studien/studie_/Studie_PsyGe2020_Ergebnisse.pdf

Bundestag 2018: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke., Drucksache 19/3667, S. 6, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/038/1903895.pdf>

DAK 2018: Kinder und Jugendreport 2018, S. 36, <https://www.dak.de/dak/download/kinder--und-jugendreport-2104098.pdf>

DAK 2019: DAK - Gesundheitsreport 2019, S. 200, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/254194/umfrage/au-tage-aufgrund-psychischer-erkrankungen-in-deutschland-nach-geschlecht/>

DGPPN 2018: Psychische Erkrankungen in Deutschland: Schwerpunkt Versorgung, S. 19 & 22, https://www.dgppn.de/Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c-68d23632a03ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf

House of Commons Library: Tackling loneliness, Briefing Paper 8514, S. 13, 2021, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-8514/CBP-8514.pdf>

Jacobi 2014 et al.: Psychische Störungen in der Allgemeinbevölkerung, in: Nervenarzt 85, S. 77-87, https://www.psychologische-hochschule.de/wp-content/uploads/2019/07/jacobi-degs-praevalenzen-nervenarzt_2014_incl-erratum.pdf

KKH 2021: Umfrage: Angst vor beruflicher Zukunft und psychischen Störungen, 3.6.2021, <https://www.kkh.de/presse/pressemitteilungen/schuelerstress>

OECD 2021: Tackling the mental health impact of the COVID-19 crisis: An integrated, whole-of-society response, S. 4, https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=1094_1094455-bukuf1focm&title=Tackling-the-mental-health-impact-of-the-COVID-19-crisis-An-integrated-whole-of-society-response

Schütte 2019: Erklärt Zeitwohlstand zum Ziel progressiver Politik, <https://www.progressives-zentrum.org/zeitwohlstand-fuer-alle-progressive-politik/>

TK 2016: Stressstudie 2016 - Entspann dich, Deutschland, S. 10, <https://www.tk.de/resource/blob/2026630/9154e4c71766c410dc859916aa798217/tk-stressstudie-2016-data.pdf>

Über den Autor



Robert Schütte ist Redenschreiber und hat zuletzt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der SPD-Bundestagsfraktion und dem Bundesumweltministerium gearbeitet. Der promovierte Politikwissenschaftler ist zudem Mitbegründer der Menschenrechtsorganisation Genocide Alert, Policy Fellow beim Progressiven Zentrum und wirbt mit Debattenimpulsen unter anderem zu den Themen Zeitpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik für kreativere Denkansätze in der Politik.

Über das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge Vordenker:innen und Entscheidungsträger:innen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein.



Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN: 978-3-96759-017-3

© Das Progressive Zentrum e.V., 2021

Ausgabe: September 2021

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller,
Thomas Kralinski, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert
Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats:
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org

Layout: Selin Estroti, basierend auf
einem Design von 4S & Collet Concepts